

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 15. Dezember 2022

Martin Habersaat:

Klare Ansage: Wir brauchen Jugendberufsagenturen

TOP 11: Landesweite und flächendeckende Einrichtung von Jugendberufsagenturen (Drs. 20/363, AltA 20/527)

„Wenn ich einmal aufschreiben oder sagen soll, was denn zu den Dingen gehört, die mir besonders wichtig sind in meiner politischen Laufbahn, dann zählen unbedingt die Jugendberufsagenturen dazu.“

Das sagte Bundeskanzler Olaf Scholz zum 10jährigen Jubiläum der Jugendberufsagenturen in Hamburg. Ja, die sind ein Erfolgsmodell. Deshalb haben wir uns in der Küstenkoalition auch die Errichtung von Jugendberufsagenturen nach Hamburger Vorbild vorgenommen. Allein: Wir sind vom 10jährigen Jubiläum noch entfernt und von manchen Hamburger Qualitätsstandards auch. Im Jahr 2021 haben mehr als 2.000 junge Menschen die Schulen in Schleswig-Holstein ohne Schulabschluss verlassen. Das waren etwas weniger als 2020 (2.283) und 2019 (2.673), aber jedes Mal mehr als im Bundesschnitt. Dabei variieren die Zahlen von Kreis zu Kreis stark. So ist die Wahrscheinlichkeit, die Schule ohne Abschluss zu verlassen, im Kreis Ostholstein doppelt so hoch wie im benachbarten Kreis Stormarn. Generell gilt: Es ist nicht hinnehmbar, dass so viele junge Menschen durchs Raster fallen. Viele Anschlussperspektiven und Bildungsverläufe lassen sich statistisch nicht verfolgen. Sprich: Wir wissen nicht, was aus diesen jungen Menschen wird. Wer seine Schulkarriere abbricht, wird möglicherweise jahrelang nicht darauf angesprochen.

Deshalb fordert die SPD jetzt in ihrem Antrag die landesweite und flächendeckende Einrichtung von Jugendberufsagenturen (JBA). Diese sollen überall verbindlich alle Schülerinnen und Schüler ab Klasse 8 im Blick behalten und sicherstellen, dass keine Schülerin bzw. kein Schüler nach Verlassen der Schule ohne ein konkretes Anschlussangebot bleibt. Die Gesellschaft muss sich dafür interessieren, was aus den jungen Menschen wird! Neben der flächendeckenden Einrichtung hat der Antrag jedoch noch eine zweite Säule. Dabei geht es um landesweit verbindliche Standards für diese Jugendberufsagenturen. Der Name allein -je nach Kreis in unterschiedlichen Logos an unterschiedliche Gebäude gepinselt oder auch nicht - der Name allein ist es nicht.

Wir brauchen erstens ein Übergangsmanagement der Schulabgängerinnen und -abgänger, das ab Klassenstufe 8 sicherstellt, dass keine Schülerin bzw. kein Schüler nach Verlassen der Schule ohne ein konkretes Anschlussangebot bleibt. Entsprechende datenschutzrechtliche Voraussetzungen sind zu schaffen. Das ist möglich, das muss möglich sein.

Wir brauchen zweitens die Sicherstellung einer begründeten Berufswahl oder einer Entscheidung über den weiteren schulischen Bildungsweg durch alle Schülerinnen und Schüler am Ende von Klasse 9 in Zusammenarbeit mit dem SHIBB und anderen Partnern.

Drittens müssen wir eine rechtskreisübergreifende Unterstützung junger Menschen bis 25 sicherstellen bei Fragen rund um Ausbildung und Studium, aber auch zur Bewältigung persönlicher oder familiärer Probleme, die den Weg ins Berufsleben beeinträchtigen.

Und viertens brauchen wir die statistische Erfassung von Bildungsverläufen und Anschlussperspektiven, weil nur das Wissen um die Umstände gute politische Entscheidungen ermöglicht.

In einer ersten Pressemitteilung ließ der Kollege Knöfler im Namen der Koalition verlauten, mit ihren Forderungen laufe die SPD offene Türen ein und ohnehin stehe ja schon alles im Koalitionsvertrag. Etwas weniger klar ist allerdings leider der Alternativantrag, den Sie heute vorlegen.

„Der Landtag bittet die Landesregierung, das Konzept der Jugendberufsagentur flächendeckend und auf einem durchgehend hohen Niveau in allen Kreisen und Kreisfreien Städten zu befördern.“

Außerdem soll die Landesregierung einen Fach- und Vernetzungstagung zur „Stärkung des Übergangsmanagements durch Jugendberufsagenturen“ veranstalten.

Eine klare Positionierung des Landtags geht anders. Und politisch klares Arbeiten selbstbewusster Parlamentarier*innen auch. Die Landesarbeitsgemeinschaft der JBA und das SHIBB planen einen Fachtag im Frühjahr 2023. Beauftragen Sie die Landesregierung nun mit der Durchführung einer Parallelveranstaltung oder verkaufen Sie mal wieder etwas, was ohnehin geplant ist, als großen politischen Fortschritt?

Vielleicht kann ja eine gemeinsame Beratung beider Anträge im Bildungsausschuss für Klarheit sorgen, die ich hiermit beantrage.“